

3. Der Wahlkampf 2021

3.1 Die Parteien stellen sich auf: Spitzenkandidat:innen und Wahlprogramme

Im Frühjahr 2021, nach einem Jahr Corona-Pandemie, machten sich die deutschen Parteien fit für den Wahlkampf. Zwei zentrale Elemente sind dabei die Kür der Spitzenkandidat:innen und die Verabschiedung der Wahlprogramme. Mit der Verkündung dieser beiden Informationen setzen die Parteien gewissermaßen den individuellen Startschuss für den Wahlkampf. Was die Kür des:der Spitzenkandidat:innen angeht, war die SPD den anderen Parteien zeitlich weit voraus. Bereits im August 2020 einigte sich der SPD-Parteivorstand darauf, Olaf Scholz ins Rennen zu schicken. Damit fiel das Votum auf einen Kandidaten, der ein Jahr zuvor im Mitgliedervotum für den Parteivorsitz gescheitert, in der Bevölkerung aber zum:r beliebtesten SPD-Politiker:in avanciert war (Infratest dimap 2020: 5). Über ein halbes Jahr später gaben auch die Grünen ihre Kanzlerkandidatin bekannt. Nach internen Gesprächen verkündete die Grünen-Spitze Anfang April 2021, dass die Partei mit dem Spitzenkandidat:innen-Duo aus Annalena Baerbock und Robert Habeck in den Wahlkampf ziehe und Baerbock als Kanzlerkandidatin antrete. Damit nominierten die Grünen zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine:n Kanzlerkandidat:in. Während die Entscheidung für Baerbock bei den Grünen im Stillen fiel, tat sich die Union mit ihrer Entscheidung für eine:n Kanzlerkandidat:in in 2021 sehr schwer. Wochenlang stritten die Schwesterparteien darüber, ob Armin Laschet (CDU) oder Markus Söder (CSU) zum Kanzlerkandidaten ernannt werden sollte. Dabei verliefen die Grenzen nicht allein entlang der Parteilinen, auch innerhalb der CDU gab es einige lautstarke Fürsprecher:innen Söders. Am Ende sprach sich der CDU-Bundesvorstand

aber eindeutig für Laschet aus, und damit war Ende April auch der Kanzlerkandidat der Union gesetzt.

Deutlich weniger Wirbel erzeugte die Kür der Spitzenkandidat:innen der drei anderen Bundestagsparteien. Allerdings gingen diese Parteien auch nicht mit dem Ziel der Kanzlerschaft ins Rennen. Im Mai wählte die FDP ihren Vorsitzenden Christian Lindner zum Spitzenkandidaten, und die AfD machte ihre Fraktionsvorsitzende Alice Weidel und ihren Co-Parteichef Tino Chrupalla zu ihrem Spitzenduo. Die Parteispitze der Partei Die Linke verkündete ebenfalls im Mai ihr Spitzenduo aus Janine Wissler und Dietmar Bartsch.

Aber auch wenn in der öffentlichen Debatte häufig ein besonderes Augenmerk auf die Kanzlerkandidat:innen und Spitzenkandidat:innen gelegt wird, so bleibt ein entscheidender Aspekt für die Wahlentscheidung der Bürger:innen das politische Programm, das die Parteien den Wähler:innen anbieten. Die Parteien machen den Wähler:innen ein politisches Angebot, verbunden mit dem Versprechen sich für diese Politik einzusetzen, sollten sie ins Amt gewählt werden (Thomassen/Schmitt 1997: 168). Ihr politisches Programm ist somit ein entscheidendes Mittel, um die Wähler:innen zu überzeugen, ihnen ihre Stimme zu geben (Kaack 1971: 402). Die Details dieses Programms legen die deutschen Parteien seit der Gründung der Bundesrepublik in Wahlprogrammen nieder. Wahlprogramme enthalten konkrete Pläne und Ziele für die nächste Legislaturperiode (Röhl 2000) und schaffen somit auch eine Richtlinie für die gewählten Parlamentarier:innen (Budge 1987: 18–19). Die Inhalte der Wahlprogramme werden, auch wenn eine Mehrheit der Wähler:innen sie nicht selber liest, sehr gut über die Medien wieder und weitergegeben (Merz 2017).

Verabschiedet werden die Wahlprogramme in der Regel auf Bundesparteitagen. Eine Ausnahme bilden die Unionsparteien, die sie in der Regel auf einer gemeinsamen Sitzung des CDU- und des CSU-Parteivorstands beschließen. Mit der Verabschiedung ihres Wahlprogramms war diesmal die AfD am schnellsten: Am 13. April 2021 beschloss sie auf ihrem Parteitag in Dresden ihr Wahlprogramm »Deutschland. Aber normal«. Ungefähr einen Monat später, auf dem Bundesparteitag am 9. Mai, verabschiedete die SPD ihr Wahlprogramm unter dem Motto »Aus Respekt für deine Zukunft« mit 99 Prozent Zustimmung der Delegierten. Mitte Mai folgte das FDP-Wahlprogramm »Nie gab es mehr zu tun«, das auf dem 72. Parteitag der FDP verabschiedet wurde. Im Juni schließlich folgten in kurzer Abfolge die drei

anderen Parteien. Am 13. Juni verabschiedeten die Grünen ihr Wahlprogramm unter dem Motto »Deutschland. Alles ist drin« auf einer Bundesdelegiertenkonferenz mit 98 Prozent der Stimmen. Am 20. Juni folgte Die Linke mit der Verabschiedung ihres Wahlprogramms »Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit« mit 88 Prozent der Stimmen auf ihrem Parteitag. Schlusslicht waren die Unionsparteien, die am 21. Juni, nur einen Tag nach der Partei Die Linke, ihr Wahlprogramm nach einer gemeinsamen Sitzung der Parteivorstände unter dem Titel »Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.« vorstellten. Damit standen drei Monate vor der Wahl am 26. September alle Kandidat:innen und Programme fest.

3.2 Der Wahlkampf in den Medien

Wie kam das personelle und programmatische Tableau, mit dem sich die Parteien den Wähler:innen präsentierten, bei diesen an, und welche Themen dominierten den Wahlkampf? Während die Umfragedaten für die Union während der ersten und zweiten Corona-Welle in Richtung der 40-Prozent-Marke geklettert waren und der Abstand zu allen anderen Parteien um die 15 Prozentpunkte betrug, schien es im Mai – kurz nach der Kür des Unions-Kanzlerkandidaten und der Grünen-Kanzlerkandidatin – auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Parteien hinauszulaufen: die Umfragewerte für beide Parteien lagen um die 25 Prozent. Für die SPD wurden dagegen nur 15 Prozent prognostiziert und es wurde teilweise sogar belächelt, dass Olaf Scholz überhaupt noch an den Kanzler:innen-Triellen teilnehmen sollte. Diesen Prognosen entsprechend fokussierte sich die Berichterstattung daher zunächst auf Annalena Baerbock und Armin Laschet. Thematisch bestimmte die Corona-Pandemie noch immer weite Teile der Berichterstattung, auch wenn die sinkenden Infektionszahlen im Frühjahr und Sommer eine gewisse Normalität zuließen. Befragt nach dem wichtigsten Problem in Deutschland, nannten bis in den Juli hinein fast durchgängig über 50 Prozent der Deutschen das Coronavirus auf Platz 1 (Forschungsgruppe Wahlen 2021). Das änderte sich erst nach der verheerenden Flutkatastrophe Mitte Juli, die vor allem im Ahrtal, aber auch in vielen anderen Regionen große Schäden anrichtete. In der Folge waren im August erstmals wieder Umwelt und Klima Thema Nummer 1 für die Deutschen,

gefolgt von der Corona-Krise und mit deutlichem Abstand Migration und Integration. An der Rangordnung dieser Themen in ihrer Bedeutung für die deutsche Bevölkerung änderte sich bis zum Ende des Wahlkampfs nichts. Interessanterweise konnten die Grünen diese erneute Konjunktur für Umweltthemen aber nicht für sich nutzen. Ihre Umfragewerte sanken seit Mai kontinuierlich. Stattdessen konnte die SPD Boden gutmachen. Ab Mitte August lag sie bei den meisten Umfrageinstituten vor den Grünen und im September sahen viele Umfragen sie sogar vor der CDU/CSU.

Mitten in der heißen Phase des Wahlkampfs und parallel zum ersten großen TV-Triell gab es dann noch ein weiteres Thema, das kurzzeitig die Berichterstattung dominierte. Mit dem Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan und dem darauffolgenden Vormarsch der Taliban und ihrer Eroberung weiter Teile Afghanistans standen auf einmal außenpolitische Themen im Fokus der Öffentlichkeit. Aber auch wenn dieses Thema kurzzeitig die deutschen Medien beherrschte, nahm es den Wahlkampf nicht vollends ein. Und auch anders als 2017, als die TV-Duelle von fast nur einem Thema – der Migrationspolitik – bestimmt wurden, fiel nun auf, dass die Moderator:innen der drei Trielle durchaus eine große Bandbreite von Themen durcharbeiteten. Dieser Befund spiegelt auch die allgemeine Berichterstattung zum Wahlkampf wider. Auch wenn Personalthemen immer wieder Aufmerksamkeit bekamen und ein an unpassender Stelle lachender Laschet und Fehler in Baerbocks Lebenslauf die Empörungsspirale für einige Tage anheizten, so fanden sich auch bei allen großen Medien ausführliche Analysen der Wahlprogramme und detaillierte Berichte über themenspezifische Positionen der Parteien.¹ Diese Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Angeboten der Parteien ist entscheidend in einer repräsentativen Demokratie, denn am Ende geht es darum, dass die gewählten Vertre-

1 So publizierte die ZEIT zum Beispiel in der Reihe »Welches Deutschland darf's denn sein?« mehrere Artikel, in denen die Wahlprogramme der Parteien zu unterschiedlichen Themen auseinandergenommen wurden (<https://www.zeit.de/serie/welches-deutschland-solls-denn-sein>). Auch die ARD veröffentlichte ausführliche thematische Analysen der Wahlprogramme (<http://www.tagesschau.de/inland/btw21/programmvergleich/>) und der Deutschlandfunk sendete eine kleine Reihe mit kurzen Analysen der Wahlprogramme (<https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-2021-alles-auf-einen-blick-ergebnisse-100.html#d>).

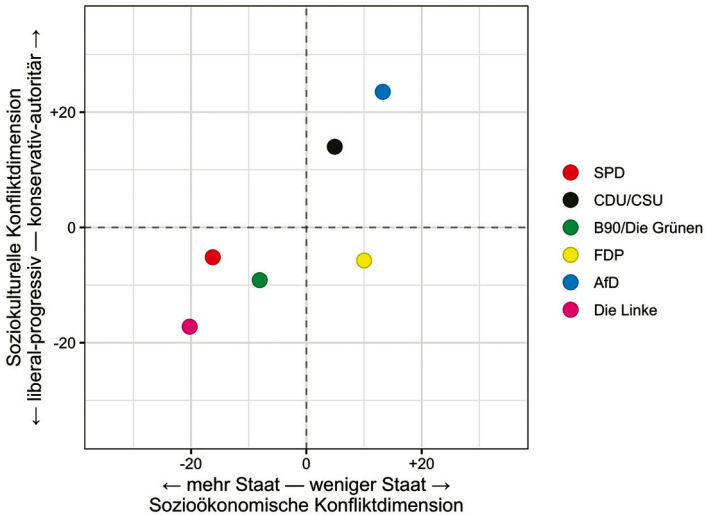
ter:innen, in unserem Fall die Parteien, die substantiellen Präferenzen der Wähler:innen in Parlament und Regierung vertreten.

3.3 Das inhaltliche Angebot der Parteien im Wahlkampf

Wie bereits beschrieben, sind die Wahlprogramme eine wichtige Quelle, um mehr über die Pläne und Ziele der Parteien für die nächste Legislaturperiode zu erfahren. Für die Analyse greifen wir hier zunächst auf die Daten des Manifesto-Projekts zurück (Volkens et al. 2021).² Die im Rahmen des Projekts auf Basis der Wahlprogramme generierten Daten liefern zum Beispiel Informationen über die Verortung der Parteien im zweidimensionalen Politikraum (siehe Abbildung 3.1). Auf der sozio-ökonomischen Dimension teilen sich die Parteien in ein eher staatsinterventionistisches und ein marktliberales Lager. Die staatsinterventionistische Position in 2021 vertritt die Partei Die Linke. Ihr folgt die SPD und mit etwas mehr Abstand die Grünen. Im marktliberalen Lager finden sich ebenfalls relativ nah beieinander CDU/CSU, FDP und AfD. Auf der soziokulturellen Dimension sieht die Reihung der Parteien etwas anders aus. Auch hier werden die Extrempositionen von der Partei Die Linke (liberal-progressiver Pol) und der AfD (autoritär-konservativer Pol) markiert. Neben der Partei Die Linke gibt es hier aber drei Parteien, die ebenfalls eher zu liberal-progressiven Positionen neigen. Das sind zunächst die Grünen und dann mit einer fast deckungsgleichen Position FDP und SPD. Auf der autoritär-konservativen Seite findet sich neben der AfD, wenn auch mit klarem Abstand zu dieser, nur noch die CDU/CSU.

2 Für eine Beschreibung der Datengenerierung siehe Kapitel 2.

Abbildung 3.1: Positionen der Bundestagsparteien im zweidimensionalen Raum während des Wahlkampfs 2021



Anmerkung: Die Positionen der Parteien wurden auf Basis der Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2021 berechnet. Jede Aussage in den Programmen wurde einem Politikthema zugeordnet und so der Anteil jedes Themas im jeweiligen Programm berechnet. Die Themen wurden dann entweder einer der beiden Dimensionen zugeordnet oder als Valenzthema klassifiziert. Die den Dimensionen zugeordneten Themen wurden zusätzlich danach unterteilt für welchen Pol der Dimension sie stehen. Schließlich wurde der Anteil der Themen jedes Pols aufaddiert und zur Berechnung der Positionswerte vom Anteil aller marktliberalen Themen (konservativ-autoritären Themen) der Anteil aller staatsinterventionistischen Themen (liberal-progressiven Themen) abgezogen. Die Skalen wurden auf das deutsche Parteiensystem zentriert. Dafür wurden der Zeitraum 1990–2021 und die sechs hier untersuchten Parteien (und ihre Vorgängerinnen) berücksichtigt. Die positiven und negativen Werte zeigen die Stärke der Abweichung vom Zentrum der Skala.

Die Tatsache, dass die FDP in soziokulturellen Fragen positional auf Seiten der SPD und der Grünen steht, kann als Perspektive für die Ampelkoalition gesehen werden. Der Befund deutet bereits an, in welchen Fragen der späteren Koalition das Finden einer gemeinsamen Li-

nie leichter fallen wird und wo sie größere Hindernisse überwinden muss.

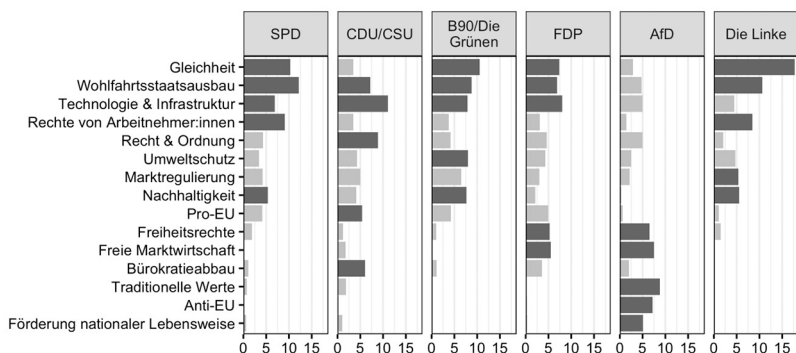
3.4 Thematische Schwerpunkte und Alleinstellungsmerkmale

Aber für den Wettbewerb der Parteien um Wählerstimmen ist nicht allein entscheidend, wie sie sich auf den großen übergeordneten Konfliktdimensionen positionieren, sondern auch, welche thematischen Schwerpunkte sie setzen. Eine Partei spricht zum Beispiel viel über Umweltpolitik, während eine andere ihren Fokus auf Migrationspolitik legt. Das bedeutet nicht, dass die jeweilige Partei zu einer rein monothematischen Strategie greift und einzig und allein über dieses eine Thema spricht. Aber sie setzt einen klaren Schwerpunkt und vielleicht noch wichtiger, sie zwingt dadurch die anderen Parteien, das Thema nicht zu ignorieren, sondern sich ebenfalls dazu zu positionieren (Green-Pedersen 2007).

Auch über diese thematischen Schwerpunkte der Parteien können uns die Daten des Manifesto-Projekts Auskunft geben (siehe Abbildung 3.2). Beim Vergleich der fünf jeweils wichtigsten Themen in den Programmen fällt zuerst auf, dass es der Wohlfahrtsstaatsausbau in fünf der sechs analysierten Wahlprogramme unter die wichtigsten Themen geschafft hat. Mit Ausnahme der AfD widmen alle Parteien diesem Thema einen entscheidenden Anteil ihres Programms. Das unterstreicht die zentrale Bedeutung des Wohlfahrtsstaats in Deutschland. Es ist bei weitem nicht nur ein »linkes« Thema, auch wenn deutliche Unterschiede zwischen den Parteien erkennbar sind und sich ein gewisses Links-Rechts-Gefälle zeigt. Bei der SPD ist es mit einem Anteil von über zwölf Prozent Thema Nummer 1 im Wahlprogramm, bei den Grünen und Die Linke steht es auf dem zweiten Platz und bei CDU/CSU und FDP folgt es auf dem dritten Platz. Ebenfalls von großer Bedeutung für eine Mehrheit der Parteien ist erstens das Thema Gleichheit – Top-Thema von Grünen und Die Linke – und zweitens der Technologie- & Infrastrukturausbau. Ersteres umfasst unter anderem viele Gleichstellungsthemen, die nicht nur für die linken Parteien, sondern auch für die FDP im Sinne einer Chancengleichheit von Bedeutung sind. Letzteres ist das Nummer-1-Thema im Wahlprogramm der CDU/CSU, aber auch FDP und die Grünen widmen dem Infrastrukturausbau bedeutende Teile ih-

res Wahlprogramms. Einig sind sich außerdem die drei linken Parteien bei der Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit, SPD und Die Linke bei dem Thema Rechte von Arbeitnehmer:innen und FDP und AfD bei freier Marktwirtschaft und Freiheitsrechten.

Abbildung 3.2: Anteil der Aussagen zu den fünf wichtigsten Themen je Partei in den Wahlprogrammen 2021



Anmerkung: Ein Thema wird aufgenommen, wenn es für mindestens eine Partei zu den Top-5-Themen gehört. Die Themen sind nach dem durchschnittlichen Anteil der Aussagen über alle Parteien hinweg sortiert, und die Anteile sind in Prozent gemessen. Die dunkel eingefärbten Balken markieren jeweils die Top-5-Themen einer jeden Partei.

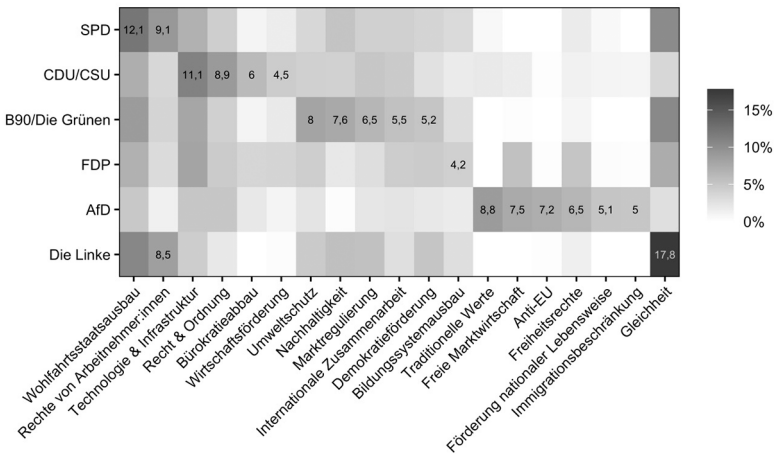
Diese erste Analyse zeigt nicht nur, dass es viele Themen gibt, die für mehr als eine Partei von Bedeutung sind, sondern auch, dass die gemeinsamen Schwerpunkte mit anderen Parteien unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Gerade im Wahlkampf ist es aber wichtig für die Parteien, dass sie sich voneinander abgrenzen und den Wähler:innen ein unterscheidbares Angebot machen (Thomassen/Schmitt 1997: 168). Sie brauchen ein Alleinstellungsmerkmal, also ein Thema, das sie mit Inbrunst vertreten und mit dem sie entsprechend assoziiert werden. Ein solches Alleinstellungsmerkmal ist allerdings nicht unbedingt das Thema, über das sie am meisten sprechen, denn wie wir oben gesehen haben, sind das häufig Themen, die auch anderen Parteien am Herzen liegen. Den Charakter eines Alleinstellungsmerkmals bekommt ein

Thema erst, wenn es von einer Partei signifikant stärker betont wird als von ihren Konkurrentinnen.

Relativ wenige solcher Alleinstellungsmerkmale finden sich bei der SPD, der Partei Die Linke und der FDP (siehe Abbildung 3.3). Die SPD legt besonderen Fokus auf den Wohlfahrtsausbau und die Rechte von Arbeitnehmer:innen, also klassisch sozialdemokratische Themen. Die Rechte der Arbeitnehmer:innen sind aber auch für Die Linke ein überdurchschnittlich wichtiges Thema, anders als die SPD betont sie darüber hinaus aber nicht den Wohlfahrtsstaat, sondern ganz besonders Gleichheitsfragen. Einziges Alleinstellungsmerkmal der FDP ist der Ausbau des Bildungssystems. Hier lässt sich das liberale Ideal erkennen, dass jede:r es schaffen kann, wenn die Startchancen stimmen. Interessant ist auch, dass keines der Wirtschaftsthemen sich als Alleinstellungsmerkmal der FDP herausstellt. Die freie Marktwirtschaft ist zwar ein wichtiges Thema für die FDP, signifikant von den anderen Parteien abweichen tut hier aber nur die AfD, die auch sonst die meisten Alleinstellungsmerkmale aufweist. Die meisten dieser Themen sind klassisch rechtspopulistische Schwerpunkte: traditionelle Wertvorstellungen, Befürwortung einer nationalen Lebensweise und eine Anti-Immigrations- und Anti-EU-Haltung. Besonders auffällig ist bei den Alleinstellungsmerkmalen der AfD, dass sie diese Themen nicht nur signifikant häufiger erwähnt, sondern dass die meisten dieser Themen von den anderen Parteien gar nicht oder nur sehr selten aufgegriffen werden.

CDU/CSU und die Grünen haben wie die AfD eine größere Anzahl Alleinstellungsmerkmale, so stark wie bei der AfD unterscheidet sich ihr Profil aber nicht von den anderen Parteien. Bei den Grünen sind bedeutende Alleinstellungsmerkmale wenig überraschend Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Aber auch zu Marktregulierung, Internationalismus und Demokratie äußern sie sich im Vergleich zu den anderen Parteien häufiger. Alleinstellungsmerkmale der CDU/CSU sind die überdurchschnittliche Betonung des Infrastrukturausbaus, Recht und Ordnung, Bürokratieabbau sowie Wirtschaftsförderung.

Abbildung 3.3: Thematische Alleinstellungsmerkmale der Parteien in den Wahlprogrammen 2021



Anmerkung: Berücksichtigt wurden hier nur Themen, denen die jeweilige Partei mindestens vier Prozent Aufmerksamkeit schenkt. Von einem signifikanten Unterschied zu den anderen Parteien sprechen wir, wenn die Aufmerksamkeit, die die Partei dem Thema schenkt, eine Standardabweichung vom Durchschnitt der anderen Parteien abweicht. Die Zahlen repräsentieren den Anteil des jeweiligen Themas im Wahlprogramm in Prozent.

3.5 Vier Politikziele unter der Lupe

Basierend auf den Daten des Manifesto-Projekts hat dieses Kapitel einen Überblick über das positionale und thematische Angebot der Parteien gegeben. So konnten die Positionen der Parteien auf den übergeordneten Konfliktdimensionen und ihre thematischen Schwerpunkte gegenübergestellt werden. Um politikzielspezifischere Positionen herauszufiltern, den Konkretheitsgrad der Wahlversprechen zu bestimmen und die genauen Konfliktpotentiale zwischen den Parteien offenzulegen, braucht es eine noch detailliertere Analyse. In den folgenden vier Kapiteln schauen wir uns daher die sechs Wahlprogramme der Bundestagsparteien zu vier verschiedenen Politikzielen genauer an. Wir analysieren die Bedeutung der Politikziele und wie konkret die Versprechen ausfallen, vergleichen die inhaltlichen Positionen und

destillieren Konfliktpotentiale und Überschneidungen zwischen den Parteien heraus. Die vier Politikziele, die wir uns genauer anschauen, sind die Verkehrswende, Bildungsgerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Digitalisierung im Gesundheitswesen.

Diese Politikziele bilden selbstverständlich nicht die ganze Bandbreite politischer Themen ab, aber mit Hilfe der Salienzberechnung lässt sich ein Eindruck davon gewinnen, wie bedeutend sie im gesamten politischen Spektrum sind. Wir werden daher in den folgenden Kapiteln die Salienz der vier Politikziele in den Wahlprogrammen bestimmen. Um diese Salienzwerte vorweg zu kontextualisieren, lohnt es, sich vor Augen zu führen, dass nur wenige der Themen aus der Manifesto-Projekt-Kodierung die Zehn-Prozent-Marke übersteigen. Die große Mehrheit der Themen ist jeweils für weniger als fünf Prozent des Wahlprogramms verantwortlich. Eine andere Möglichkeit, die Ergebnisse ins Verhältnis zu setzen, ergibt sich mit Verweis auf die aktuell 15 Bundesministerien: Unter der Maßgabe, dass die Aufmerksamkeit unter diesen 15 Ressorts gleich aufgeteilt wäre, ergäbe sich für die Themen jedes Ministeriums ein Salienzwert von weniger als sieben Prozent. Das heißt also, dass auch auf den ersten Blick vermeintlich klein wirkende Salienzwerte eine relativ große Bedeutung eines Themas anzeigen können.

Wie verhalten sich die vier Politikziele nun also zu den vielfältigen Themen des Manifesto-Projekts und welche Rückschlüsse lassen sich auf Basis der Manifesto-Daten über die Bedeutung dieser ziehen? Dabei ist zu beachten, dass die vier Politikziele nicht deckungsgleich mit den Manifesto-Themen sind, sondern es sich um spezifizierte Querschnitts- und Unterthemen handelt. Das Politikziel Verkehrswende findet sich in drei Manifesto-Themen wieder: Technologie & Infrastruktur, Umweltpolitik und Nachhaltigkeit. Der Infrastrukturausbau ist ein klarer Fokus des CDU/CSU-Wahlprogramms und auch SPD, Grüne und FDP führen ihn unter ihren Top-5-Themen. Allerdings bedeutet Infrastrukturausbau allein noch keine Verkehrswende, erst dann, wenn hier ökologische und nachhaltige Überlegungen mit einbezogen werden, kann von einer Verkehrswende gesprochen werden. Bei letzterer stechen vor allem die Grünen hervor und auch SPD und Die Linke legen einen entscheidenden Fokus auf die Nachhaltigkeit. Bei diesen Parteien ist also eher mit einem Verkehrsinfrastrukturausbau im Sinne einer Verkehrswende zu rechnen. Die Verkehrswende tangiert also drei Themen, die im be-

sonderen Fokus der Parteien liegen. Das spricht für eine relativ große allgemeine Relevanz des Themas.

Den Ausbau des Bildungssystems erfasst das Manifesto-Schema als separates Thema. Die Relevanz übersteigt nie fünf Prozent, im Schnitt steht es aber immerhin an 13. Stelle. Im Verhältnis wird es von der FDP am meisten betont. Das in Kapitel 5 analysierte Politikziel ist allerdings nicht allgemein die Bildungspolitik, sondern Bildungsgerechtigkeit. Das Politikziel tangiert also auch allgemeine Gleichheitsfragen, eine Herzensangelegenheit der Partei Die Linke, aber auch bei Grünen, SPD und FDP ein wichtiges Thema im Wahlkampf.

Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tangiert zentrale Gleichheitsfragen, aber auch Fragen im Widerstreit zwischen einem traditionellen und einem progressiven Familienbild. Somit tangiert das Politikziel auch Kernelemente der AfD-Politik, denn das Hochhalten traditioneller Werte ist einer ihrer Themenschwerpunkte.

Das Politikziel Digitalisierung im Gesundheitswesen schließlich weist Überschneidungen mit den Manifesto-Themen Wohlfahrtsstaatsausbau und Technologie & Infrastruktur auf. Auch wenn es also einen sehr spezifischen Aspekt herausgreift, so berührt es zwei der zentralen Leistungen des Staates für seine Bürger:innen: die Gesundheitspolitik als Teil des Wohlfahrtsstaates und die Digitalisierung als Teil der staatlichen Infrastruktur.